



N i e d e r s c h r i f t

über die 24. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages

Sitzungstermin:	Montag, 13.12.2010
Sitzungsbeginn:	18:05 Uhr
Sitzungsende:	21:30 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Kreistagsvorsitzender

Schäfer, Uwe

CDU-Fraktion

Aust, Karl Otto
Bötel, Bernhard
Dinter, Ilona
Großer, Elke
Hasselman, Rainer
Heinisch, Dirk
Hopert, Horst
Jahn, Ernst-Henning
Koch, Manfred
Lagosky, Uwe
Löhr, Norbert
Lorenz, Dieter
Mühlenkamp, Ralf
Oesterhelweg, Frank
Rautmann, Dirk
Seidenkranz, Gerhard
Siebert, Britta
Vogler, Birgit
Wolf, Hans-Heinrich

Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion

SPD-Fraktion

Bosse, Marcus
Brandes, Katrin
Deitmar, Reinhard
Ganzauer, Oliver
Hantelmann, Peter
Hausmann, Michael
Heider, Ute

Hensel, Falk	Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion
Kaatz, Detlef	
Koch, Harald	
Küchler, Helga	
Mohr, Peter	
Oberländer, Peter	
Polzin, Bruno	
Reichenpfader, Bärbel	
Resch-Hoppstock, Sabine	
Rupp-Brunswig, Dr. Heike	
Sandte, Michael	
Vree, Friedhelm	
Wiegel, Heike	

ab TOP 25

Bündnis 90 / Die Grünen- Fraktion

Brücher, Bertold	Vorsitzender der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion
Fuder, Jochen	
Gerndt, Elisabeth	

FDP- Fraktion

Fach, Thomas	
Försterling, Björn	Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion

LINKS

Kretschmer, Roland

Von der Verwaltung

Röhmnn, Jörg	Landrat
Klooth, Kathrin	Dezernentin III
Schillmann, Claus Jürgen	Dezernent II
Schäffer, Heike	Allgemeine Vertreterin des Landrates
Vogt, Kornelia	Pressesprecherin
Löb, Susanne	Gleichstellungsbeauftragte
Kelb, Marco	Protokollführer

Als Gäste

Hortig, Martin	Bewerber um das Amt des Ersten Kreirates
----------------	--

Es fehlen:

CDU-Fraktion

von Veltheim, Alexander
Wolff, Michael

Bündnis 90 / Die Grünen- Fraktion

Müller, Jan-Christian

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)
3. Genehmigung der Niederschrift über die 23. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 27.9.2010
4. Anfragen
 - 4.1. Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)
 - 4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)
5. Fortführung des Familien- und Kinderservicebüros
Vorlage: XVI-0821/2010
6. Haushaltssatzung 2011 für den Eigenbetrieb Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-0806/2010
7. Verordnung über die Aufhebung der Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Winnigstedt
Vorlage: XVI-0755/2010
8. Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Berelries"
Vorlage: XVI-0826/2010
9. Neufassung der Abfallentsorgungssatzung
Vorlage: XVI-0831/2010
10. Neufassung der Abfallgebührensatzung
Vorlage: XVI-0824/2010
11. Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts
Vorlage: XVI-0833/2010
12. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen vom 24.06.2010 - 18.10.2010
Vorlage: XVI-0828/2010
13. Regiebetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Wolfenbüttel, Jahresabschlussprüfung 2009
Vorlage: XVI-0823/2010
14. Unterstützung von Einrichtungen und Organisationen durch das Bereitstellen von Büroraum
Vorlage: XVI-0835/2010
15. projekt REGION BRAUNSCHWEIG GMBH
Vorlage: XVI-0786/2010

16. Dienstanweisung zum Verbot der Annahme von Vorteilen
Vorlage: XVI-0839/2010
17. Erste Eröffnungsbilanz des Landkreises Wolfenbüttel per 01.01.2010
Vorlage: XVI-0819/2010
18. Kreistagsvorschrift zur Annahme von unentgeltlichen/vergünstigten Leistungen
Vorlage: XVI-0840/2010
19. Annahme von Spenden
Vorlage: XVI-0814/2010
20. Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Stadt Wolfenbüttel zur gemeinsamen Durchführung des Zensus 2011
Vorlage: XVI-0841/2010
21. Fördervertrag vom 30.07.2007 TV 38 Kostenübernahme Studiobetrieb Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-0837/2010
22. Einteilung der Wahlbereiche für die Wahl des XVII. Kreistages am 11.September 2011
Vorlage: XVI-0846/2010
23. Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen - Kreistagsfraktion "RegioStadtBahn modifiziert umsetzen"
Vorlage: XVI-0856/2010
24. Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: XVI-0836/2010
25. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: XVI-0811/2010
26. Haushaltssatzung 2011; hier: Haushaltssicherungskonzept 2011
Vorlage: XVI-0838/2010
27. Wahl einer Ersten Kreisrätin/eines Ersten Kreisrates
Vorlage: XVI-0854/2010
28. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Schäfer eröffnet um 18.05 Uhr die 24. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages und heißt die Erschienenen herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)

Vorsitzender Schäfer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzender Schäfer weist auf die mit Schreiben vom 06.12.2010 übermittelte Tagesordnungserweiterung hin.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der mit Schreiben vom 06.12.2010 übermittelten Erweiterung genehmigt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 23. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 27.9.2010

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Niederschrift über die 23. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 27.09.2010 wird genehmigt.

TOP 4 Anfragen

TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)

Einwohner Reimer berichtet von den zwischen Landkreisverwaltung und Eltern behinderter Erwachsener jüngst vorherrschenden Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Zulässigkeit einer Anrechnung deren Kindergeldes. Mittlerweile habe die Landkreisverwaltung ihre Entscheidung jedoch zugunsten der Betroffenen korrigiert. Dies verdiene Respekt.

Leiter der Diakonie gGmbH Wolfenbüttel Sankowski und Geschäftsführer der DRK TFIS gGmbH Ring berichten, dass die Zukunftsfabrik Wolfenbüttel derzeit rund 270 Arbeitsgelegenheiten anbiete. Aufgrund von Mittelkürzungen könnten im nächsten Jahr nur noch 176 Arbeitsgelegenheiten angeboten werden. Es handele sich hierbei um Maßnahmen zur Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt. Er bitte den Landkreis Wolfenbüttel, sich aktiv gegen die von der Bundesregierung eingeleitete Kürzung von Mitteln für die aktive Arbeitsmarktförderung, ohne dass entsprechende Alternativen geschaffen würden, einzusetzen. Die kommunalen Spitzenverbände sollten motiviert werden, gleichsam gegen diese Mittelkürzungen aufzubegehren. Andernfalls seien sowohl die Zukunftsfabrik als auch die Tafel Wolfenbüttel gefährdet, da Mittelkürzungen in Höhe von 470.000 Euro kompensiert werden müssten.

Die von den Herren Sankowski und Ring überreichte Resolution ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Landrat Röhmann erklärt, dass sich der Kreistag mit dem Thema auseinandersetzen werde. Der befürchtete Schaden müsse so gering wie möglich gehalten werden. Die geplanten erheblichen Mittelkürzungen seien zu kritisieren.

Einwohner Dalchow fragt, ob der Landkreis Wolfenbüttel bezüglich der Genehmigung von Geflügelmastanlagen der Rechtsauffassung des Landkreises Emsland folge, dass derartige Anlagen aus brandschutzrechtlichen Gründen nicht genehmigungsfähig seien. Er bittet ferner um Mitteilung, ob der Landkreis Wolfenbüttel von den Antragstellern zusätzliche Gutachten hinsichtlich des geflügelbezogenen Brandschutzes gefordert habe.

Landrat Röhmann antwortet, dass der Landkreis Wolfenbüttel die diesbezügliche Sach- und Rechtslage geprüft habe. Die Lage im Landkreis Emsland stelle sich insofern anders dar, als dass dort bereits eine Vielzahl von Geflügelmastanlagen bestehe und unter anderem keine ausreichenden Flächen zur Ausbringung der entstehenden Gülle verfügbar seien. Die Forderung von geflügelbezogenen Evakuierungsplänen im Brandfall sei unverhältnismäßig, da eine Verbringung der Tiere aus dem Stall aus tierseuchenschutzrechtlichen Gründen äußerst bedenklich sei, so dass die Tiere nach der Verbringung nach draußen ohnehin getötet werden müssten. Des weiteren müssten entsprechende Vorgaben im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes auch von Kleinsthaltungen abverlangt werden. Bezüglich der bereits genehmigten Anlagen in Cramme und in Gr. Denkte seien keine weiteren Befugnisse zur Verschärfung der Auflagen ersichtlich. Hinsichtlich der noch zu genehmigenden Anlage in Berel müsse zunächst das Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung abgewartet werden. Ferner handele es sich bei der in Rede stehenden Diskussion um eine gesellschaftliche, die nicht unter Anwendung des bestehenden Baurechts beantwortet werden könne. Daher habe der Kreistag eine Resolution beschlossen, die den Gesetzgeber auffordere, den einschlägigen § 35 des Baugesetzbuches dergestalt zu novellieren, dass den Kommunen stärkere Mitwirkungsrechte eingeräumt werden.

Einwohner Dalchow fragt, warum der Landkreis Wolfenbüttel die dem Immissionsschutz dienenden Bepflanzungen an den beiden bereits genehmigten Anlagen nicht durchgesetzt habe. Darüber hinaus bittet er um Auskunft, ob die Resolution des Kreistages bereits Erfolg gezeitigt habe.

Landrat Röhmann antwortet, dass die Bepflanzungen nicht zwingend der Immissionsminderung dienen. Im Laufe des nächsten Jahres, bei Vorliegen entsprechender Witterungsbedingungen, seien die Anpflanzungen avisiert. Die Resolution des Kreistages sei bereits von der Bundestagsverwaltung und vom Vorsitzenden des zuständigen Fachausschusses des Bundestages dahingehend beantwortet, dass sich die zuständigen Gremien mit der Angelegenheit, welche zahlreiche weitere Unterstützer habe, befassen werde.

TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)

KAbg. Resch-Hoppstock berichtet, dass die bei der Zukunftsfabrik Wolfenbüttel angebotenen Arbeitsgelegenheiten sehr wichtig seien. Die SPD-Fraktion habe diese Maßnahmen und Projekte intensiv begleitet. Auch die Kooperation mit der Arge Wolfenbüttel habe sich als konstruktiv dargestellt. Die drohenden Mittelkürzungen gefährdeten nunmehr rund 30 Prozent dieser Maßnahmen. Dies sei bedauerlich. In diesem Zusammenhang müssten zwei auf den Landkreis Wolfenbüttel bezogene Fragen beantwortet werden. So stelle sich die Frage, ob Aufwandsentschädigungen aus ehrenamtlicher Tätigkeit, z.B. im Seniorenservicebüro oder bei Alltagshilfen, künftig auf SGB II – Leistungen angerechnet würden. Soweit dies der Fall wäre, würde soziales Engagement bedauerlicherweise verhindert. Des weiteren bitte sie um Mitteilung, in welchem Umfang der Wegfall der Übernahme von Rentenversicherungsbeiträgen für SGB II – Empfänger sich langfristig auf die kommunalen Haushalte, z.B. betreffs der Übernahme der Kosten der Pflege in Einrichtungen, die dann nicht mehr mit einem Eigenanteil aus dem Rentenbezug teilfinanziert werden könnten, auswirken werde.

Landrat Röhmann sichert zu, dass er die von KAbg. Resch-Hoppstock aufgeworfenen Fragen in der ersten Trägerversammlung des Job-Centers Wolfenbüttel am 04.01.2011 thematisieren und dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit über die Beratungsergebnisse berichten werde.

KAbg. Brücher stellt Fragen bezüglich des Brandschutz in Hähnchenmastanlagen.

Die Anfrage des KAbg. Brücher und die Antwort sind dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

KAbg. Kretschmer fragt, ob die Trägerversammlung des Job-Centers Wolfenbüttel direkten Einfluss auf die Zahl und die Ausgestaltung der bereitgestellten Ein-Euro-Jobs habe.

Landrat Röhmann antwortet, dass die Anzahl der Ein-Euro-Jobs weniger problematisch sei. Vielmehr müsse geklärt werden, wer die Ein-Euro-Jobber betreue. Hierauf werde die Trägerversammlung trotz geringerer zur Verfügung stehender Mittel Einfluss nehmen.

Vorsitzender Schäfer verabschiedet und ehrt die ausscheidende Personalratsvorsitzende Gudrun Grube.

TOP 5 Fortführung des Familien- und Kinderservicebüros **Vorlage: XVI-0821/2010**

KAbg. Oberländer erläutert die Vorlage Nr. XVI-0821/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Zur Sicherstellung des gesetzlichen Auftrages zum weiteren Ausbau der Tagesbetreuung und Förderung der Kindertagespflege wird das Familien- und Kinderservicebüro zum 1. April 2011 entsprechend der Vorlage Nr. XVI-0821/2010 anliegenden Konzeption in den Regelbetrieb übernommen.
2. Der Landrat wird beauftragt, entsprechende Sachmittel sowie Personal bereitzustellen, um den Regelbetrieb zu sichern.

TOP 6 Haushaltssatzung 2011 für den Eigenbetrieb Bildungszentrum **Landkreis Wolfenbüttel** **Vorlage: XVI-0806/2010**

KAbg. Aust erläutert die Vorlage Nr. XVI-0806/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die der Vorlage XVI-0806/2010 als Anlage beigelegte Haushaltssatzung des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel (BIZ) für das Haushaltsjahr 2011 wird unter Berücksichtigung der in den Anlagen zur Niederschrift über die 14. Sitzung des Verwaltungsrates des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel am 26.10.2010 mitgeteilten Änderungen beschlossen.

**TOP 7 Verordnung über die Aufhebung der Verordnung über die
Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk
Winnigstedt
Vorlage: XVI-0755/2010**

KAbg. Bosse erläutert die Vorlage Nr. XVI-0755/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die der Vorlage Nr. XVI-0755/2010 anliegende Verordnung über die Aufhebung der Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Winnigstedt wird beschlossen.

**TOP 8 Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Berelries"
Vorlage: XVI-0826/2010**

KAbg. Bosse erläutert die Vorlage Nr. XVI-0826/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Die im Betreff der Vorlage Nr. XVI-0826/2010 genannten Flächen werden durch die der Vorlage Nr. XVI-0826/2010 als Anlage 3 beigefügte Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet erklärt.
2. Die Verordnung tritt mit dem 10.11.2013 in Kraft.
3. Der Landrat wird beauftragt, mit dem Landkreis Hildesheim mit dem Ziel, den Hildesheimer Bereich des FFH-Gebietes Berelries als Schutzgebiet zu sichern, Gespräche zu führen.

**TOP 9 Neufassung der Abfallentsorgungssatzung
Vorlage: XVI-0831/2010**

KAbg. Polzin erläutert die Vorlage Nr. XVI-0831/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die der Vorlage Nr. XVI-0831/2010 anliegende Neufassung der Satzung über die Abfallentsorgung für den Landkreis Wolfenbüttel wird als Satzung beschlossen.

**TOP 10 Neufassung der Abfallgebührensatzung
Vorlage: XVI-0824/2010**

KAbg. Polzin erläutert die Vorlage Nr. XVI-0824/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der der Vorlage Nr. XVI-0824/2010 beigefügte Entwurf zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallwirtschaft (Abfallgebührensatzung) wird als Satzung beschlossen.

**TOP 11 Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts
Vorlage: XVI-0833/2010**

KAbg. Polzin erläutert die Vorlage Nr. XVI-0833/2010.

KAbg. M. Koch erklärt, dass die CDU-Fraktion die Resolution, welche im Wesentlichen vom KAbg. Wolff erarbeitet worden sei, ausdrücklich unterstütze.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Der der Niederschrift über die 4. Sitzung des Werksausschusses der Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel des XVI. gewählten Kreistages als Anlage 3 beigefügten Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts wird unter Berücksichtigung nachstehender Änderungen zugestimmt:

2. Absatz, Satz 1: Streiche „Bundestag und Bundesrat beabsichtigen“; Setze: „Im Bundestag und Bundesrat soll beschlossen werden,“

3. Absatz, Satz 2: Streiche: „als unseren Bundesminister und unseren Abgeordneten“

**TOP 12 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen vom
24.06.2010 - 18.10.2010
Vorlage: XVI-0828/2010**

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-0828/2010.

Ohne Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Von den vom 24.06.2010 bis zum 18.10.2010 geleisteten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0828/2010 ergeben, wird Kenntnis genommen.

**TOP 13 Regiebetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Wolfenbüttel,
Jahresabschlussprüfung 2009
Vorlage: XVI-0823/2010**

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-0823/2010.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

- 1.) Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Wolfenbüttel den Jahresabschluss zum 31.12.2009 und den hierzu erstellten Lagebericht des optimierten Regiebetriebes Gebäudewirtschaft des Landkreises Wolfenbüttel geprüft und im hierzu erstellten Prüfbericht einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat.
- 2.) Der Jahresverlust 2009 des optimierten Regiebetriebes Gebäudewirtschaft Landkreis Wolfenbüttel in Höhe von 17.308,66 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

**TOP 14 Unterstützung von Einrichtungen und Organisationen durch das
Bereitstellen von Büroraum
Vorlage: XVI-0835/2010**

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-0835/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der Kreistag nimmt die bisher geübte Verwaltungspraxis,
 - a. dem Tourismusverband Wolfenbütteler Land ein Dienstzimmer im Gebäude der Gebäudewirtschaft, Harzstr. 6 in Wolfenbüttel,
 - b. dem Kreissportbund Wolfenbüttel den Pavillon am Straßenverkehrsamt, Halchtersche Str. 26 in Wolfenbüttel,
 - c. dem Bund der Vertriebenen ein Dienstzimmer im Gebäude Harztorwall 25 in Wolfenbüttel,
 - d. dem Kreisheimatpfleger einen Kellerraum des Gebäudes Harztorwall 25 in Wolfenbüttel sowie
 - e. der Propstei Schöppenstedt drei allgemeine Unterrichtsräume im Gebäude An der Kirche 3a in Schöppenstedtzur Verfügung zu stellen, zur Kenntnis.
2. Die Organisationen zu 1 a. bis 1 d. erhalten die Räume bis auf weiteres kostenfrei zur Verfügung gestellt. Die Propstei Schöppenstedt erhält die allgemeinen Unterrichtsräume für 1,50 € je m² und Monat zur Verfügung gestellt. Dies gilt auch für den beantragten Mehrbedarf von einem allgemeinen Unterrichtsraum im Gebäude An der Kirche 3a in Schöppenstedt.
3. Die eigentlich entstehenden Kosten werden in den jeweils betroffenen Produkten des Kreishaushaltes ab dem Haushaltsjahr 2011 dargestellt.

TOP 15 projekt REGION BRAUNSCHWEIG GMBH
Vorlage: XVI-0786/2010

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-0786/2010.

KAbg. Brücher fragt, ob die Ziffer 4 der gegenständlichen Finanzvereinbarung bedeute, dass im Falle des Ausscheidens eines Gesellschafters aus der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH die verbleibenden Gesellschafter dessen Finanzierungsanteil zu leisten hätten.

Anmerkung der Verwaltung:

Die gegenseitige Verpflichtungswirkung innerhalb der Gesellschafter wird im Rahmen einer Gesamtfinanzierungsvereinbarung geregelt, welcher der Landkreis Wolfenbüttel sich mit Eingehung der der Vorlage Nr. XVI-0786/2010 anliegenden Finanzierungsvereinbarung beizutreten verpflichtet.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei einer Stimmenthaltung nachstehenden

Beschluss:

Der Landkreis Wolfenbüttel stimmt der der Vorlage Nr. XVI-0786/2010 anliegenden Finanzierungsvereinbarung mit der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GMBH zu und stellt für die Jahre 2011 und 2012 jeweils 60.000 Euro zur Verfügung.

TOP 16 Dienstanweisung zum Verbot der Annahme von Vorteilen
Vorlage: XVI-0839/2010

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-0839/2010.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Schäfer erklärt Landrat Röhmann, dass die Dienstanweisung in Kürze in Kraft treten werde.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Die der Vorlage Nr. XVI-0839/2010 als Anlage beigelegte „Dienstanweisung zum Verbot der Annahme von Vorteilen“ wird zur Kenntnis genommen.

TOP 17 Erste Eröffnungsbilanz des Landkreises Wolfenbüttel per 01.01.2010
Vorlage: XVI-0819/2010

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-0819/2010 und weist auf die mit Schreiben vom 01.12.2010 mitgeteilten Veränderungen hin.

Landrat Röhmann berichtet, dass die Eröffnungsbilanz geprüft und der Prüfbericht den Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen zugeleitet worden sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die erste Eröffnungsbilanz des Landkreises Wolfenbüttel per 01.01.2010 nebst Anhang und Anlagen zum Anhang wird entsprechend der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0819/2010 unter Berücksichtigung der mit Schreiben vom 01.12.2010 mitgeteilten Änderungen beschlossen.

TOP 18 Kreistagsvorschrift zur Annahme von unentgeltlichen/vergünstigten Leistungen
Vorlage: XVI-0840/2010

KAbg. Hensel erläutert die Vorlage Nr. XVI-0840/2010.

Auf Nachfrage des KAbg. Seidenkranz erläutert Landrat Röhmann, dass die gegenständliche Vorschrift mit Beschlussfassung in Kraft trete.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 41 Ja-, zwei Nein-Stimmen und drei Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

1. Der Kreistag legt die Wertgrenze für die Annahme von nach allgemeiner Auffassung geringwertigen Aufmerksamkeiten, für die nach § 4 Absatz 1 der als Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0840/2010 beigefügten „Kreistagsvorschrift zur Annahme von unentgeltlichen/vergünstigten Leistungen“ die allgemeine Zustimmung erteilt wird, auf 20 Euro fest.
2. Die als Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0840/2010 beigefügte „Kreistagsvorschrift zur Annahme von unentgeltlichen/vergünstigten Leistungen“ wird unter Berücksichtigung der Entscheidung zu 1. beschlossen.
3. Für den Landrat gilt die „Kreistagsvorschrift zur Annahme von unentgeltlichen/vergünstigten Leistungen“ sinngemäß. Unberührt hiervon bleiben seine Rechte und Pflichten als oberster Repräsentant des Landkreises nach den Vorschriften der NLO.

TOP 19 Annahme von Spenden
Vorlage: XVI-0814/2010

KAbg. M. Koch erläutert die Vorlage Nr. XVI-0814/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die in der Anlage zur Vorlage XVI-814/2010 genannten Zuwendungen werden angenommen.

TOP 20 Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Stadt Wolfenbüttel zur gemeinsamen Durchführung des Zensus 2011
Vorlage: XVI-0841/2010

KAbg. Hensel erläutert die Vorlage Nr. XVI-0841/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Landkreis Wolfenbüttel stimmt dem als Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0841/2010 beigefügten öffentlich- rechtlichen Vertrag zur gemeinsamen Durchführung des Zensus 2011 zu.

TOP 21 Fördervertrag vom 30.07.2007 TV 38 Kostenübernahme Studiobetrieb Wolfenbüttel Vorlage: XVI-0837/2010

KAbg. M.Koch erläutert die Vorlage Nr. XVI-0837/2010.

Landrat Röhmann berichtet, dass er mit Herrn Herber, TV38-Standortleiter Wolfenbüttel, vereinbart habe, dass der Sender Erträge aus einem Engagement im Rahmen schulischer Ganztagsangebote im Landkreis Wolfenbüttel generieren könne. Mehrere Schulen hätten daran bereits Interesse bekundet. Somit entfalle der Bedarf der Erhöhung des pauschalen Zuschusses.

Kenntnisnahme:

Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, dass der TV 38 e.V. seinen Antrag auf Erhöhung des Förderbeitrages des Landkreises Wolfenbüttel zurückgezogen hat.

TOP 22 Einteilung der Wahlbereiche für die Wahl des XVII. Kreistages am 11.September 2011 Vorlage: XVI-0846/2010

KAbg. Hense erläutert die Vorlage Nr. XVI-0846/2010.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Zur Wahl des XVII. Kreistages des Landkreises Wolfenbüttel werden folgende fünf Wahlbereiche gebildet:

- | | |
|-----------------------|---|
| Kreiswahlbereich I: | Stadt Wolfenbüttel (Wahlbereiche I und II zur Wahl des Rates der Stadt Wolfenbüttel) |
| Kreiswahlbereich II: | Stadt Wolfenbüttel (Wahlbereich III und IV zur Wahl des Rates der Stadt Wolfenbüttel) |
| Kreiswahlbereich III: | Gemeinde Cremlingen und Samtgemeinde Sickte |
| Kreiswahlbereich IV: | Samtgemeinden Asse, Oderwald, Schöppenstedt |
| Kreiswahlbereich V: | Samtgemeinden Baddeckenstedt, Schladen |

**TOP 23 Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen - Kreistagsfraktion
"RegioStadtBahn modifiziert umsetzen"
Vorlage: XVI-0856/2010**

KAbg. Brücher erläutert die Vorlage Nr. XVI-0856/2010. Er weist darauf hin, dass die beratungsgegenständliche Resolution der Bündnis90/Die Grünen – Fraktion ein Signal an alle Kommunen im Gebiet des Zweckverbandes Großraum Braunschweig (ZGB) richte, die entsprechenden Beschlüsse der Zweckverbandsversammlung zu unterstützen.

KAbg. Hensel führt aus, dass die SPD-Fraktion die Resolution unterstütze. Zur Verbesserung des regionalen Bezugs beantrage er jedoch, im zweiten Absatz des Resolutionsentwurfes nachstehende Ergänzung vorzunehmen:

„Gerade für den ländlich geprägten Landkreis Wolfenbüttel wird deutlich, dass sich die Verkehrsprobleme innerhalb der Region nur lösen lassen, wenn in den ländlichen Bereichen mehr Haltestellen eingerichtet werde. Die bisherigen Haltestellen reichen nicht aus.“

Dem Sprecher sei zwar bewusst, dass durch eine Erhöhung der Anzahl der Haltepunkte die Fahrtzeiten verlängert würden, jedoch müsse gleichermaßen sichergestellt werden, dass möglichst viele Reisende mit der RegioStadtBahn erreicht würden.

KAbg. Oesterhelweg merkt an, dass auch die CDU-Fraktion die Resolution mittragen werde. Er danke insbesondere dem Verbandsdirektor des ZGB Brandes für die vollzogene massive Aufarbeitung der Vorgänge betreffs der Planungen zur RegioStadtBahn. Die zur Beratung stehende Resolution signalisiere die Bereitschaft, gemeinsam an der Umsetzung der modifizierten Planungen zur RegioStadtBahn zu arbeiten. Dieses Signal der Geschlossenheit sei auch als ein solches gegenüber dem Bund und dem Land zu werten. Eine derartige Sachlichkeit zugunsten regionaler Interessen hätte er sich auch in der öffentlichen Diskussion zu diesem Thema gewünscht. Jedoch sei dies lediglich seitens der CDU und der SPD geleistet worden. Nachdem im Vorfeld der Expo 2000 landesseitig vorwiegend der Raum Hannover gestärkt worden sei, müsse nunmehr auch das Braunschweiger Land unterstützt werden.

KAbg. Försterling erklärt, dass neben der Bewertung der Unterstützung durch das Land auch erkannt werden müsse, dass der ZGB aufgrund der geplanten Errichtung der RegioStadtBahn in den vergangenen Jahren den Mitteleinsatz für etwaige andere Investitionen in der Region zurückgehalten habe. Die dadurch angesparten Mittel müssten nunmehr zur Realisierung des überarbeiteten RegioStadtBahn-Konzept zur Verfügung stehen. Das bisherige umsteigefreie Konzept sei überholt und müsse durch ein attraktiveres Konzept ersetzt werden. Die vorliegende Resolution sei ein sinnvoller Beitrag zu der entsprechenden Debatte. Er empfiehlt der Bündnis 90 / Die Grünen – Kreistagsfraktion in diesem Sinne auch mäßigend auf die Bündnis 90 / Die Grünen – Landtagsfraktion einzuwirken. Der Sprecher ergänzt, dass er zudem fordere, dass der öffentliche Schienenpersonennahverkehr ausgeschrieben werde, um die sich daraus ergebenden Wettbewerbsvorteile nutzen zu können.

KAbg. Lorenz entgegnet, dass der Landkreis Wolfenbüttel doch Teil des ZGB sei und in dessen Zweckverbandsversammlung Mitglieder des Kreistages entsandt habe. Dazu gehöre auch der KAbg. Hensel. Daher sei eine seitens des Kreistages an den ZGB gerichtete Resolution schizophren. Deshalb werde er der Resolution nicht zustimmen.

KAbg. Hensel erwidert, dass die Resolution jene Mitglieder der Zweckverbandsversammlung unterstützen solle, die die gleichlautenden Ziele verfolgten. Insbesondere müsse bewirkt werden, dass die sich massiv verstärkenden Pendelverkehre nach Braunschweig, Wolfsburg und Salzgitter für die RegioStadtBahn gewonnen werden. Hierzu leiste die vorliegende Resolution durchaus einen Beitrag.

KAbg. Oesterhelweg ergänzt, dass der KAbg. Lorenz auch die an den Landtag adressierte Resolution zum Thema Schachtanlage Asse II unterstützt habe, obwohl Kreistagsabgeordnete auch im Landtag vertreten seien. Denen sei mit dieser Resolution der Rücken gestärkt worden. Auch habe der KAbg. Lorenz der Resolution bezüglich des Baues von Geflügelmastanlagen zugestimmt. Das von Resolutionen ausgehende Signal sei insbesondere dann im Interesse des Landkreises Wolfenbüttel wirkungsvoll, soweit die Resolutionen einstimmig verabschiedet würden. Dies sei insbesondere deshalb relevant, da nicht alle Mitglieder des ZGB Anhänger der modifizierten RegioStadtBahn-Konzeption seien.

KAbg. Kretschmer fügt an, dass der Landkreis Wolfenbüttel einen jährlichen Betrag in Höhe von 500.000 Euro an den ZGB entrichte. Daher sei es wichtig, dass der Kreistag seine Vorstellungen und Interessen gegenüber dem ZGB artikuliere. Dies geschehe unter anderem mithilfe der gegenständlichen Resolution.

KAbg. Bosse äußert, dass das Braunschweiger Land hinsichtlich der Einforderung von Bundes- und Landesmitteln außerordentlich bescheiden sei. Andere Teile des Landes Niedersachsen seien demgegenüber bevorzugt worden. Der Sprecher unterstütze die vorliegende Resolution ausdrücklich, da sie eine präzise Positionierung des Landkreises Wolfenbüttel bezüglich der Planungen zur RegioStadtBahn erwirke. Dies sei ein Beitrag dafür, dass der Landkreis Wolfenbüttel seine Interessen nachdrücklich und akzentuiert beim ZGB einbringe.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Die der Vorlage Nr. XVI-0856/2010 anliegende Resolution wird mit folgender Ergänzung des zweiten Absatzes beschlossen.

Ergänzung:

„Gerade für den ländlich geprägten Landkreis Wolfenbüttel wird deutlich, dass sich die Verkehrsprobleme innerhalb der Region nur lösen lassen, wenn in den ländlichen Bereichen mehr Haltestellen eingerichtet werden. Die bisherigen Haltestellen reichen nicht aus.“

TOP 24 Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2011 Vorlage: XVI-0836/2010

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-0836/2010 und weist insbesondere darauf hin, dass sich gegenüber der Beschlussempfehlung des Kreisausschusses ein Änderungsbedarf ergeben habe. So sei aufgrund des Soll/Ist-Vergleiches der Stellenpläne des Landkreises Wolfenbüttel mit dem der ARGE Wolfenbüttel der Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel um 0,4 Stellenanteile der Entgeltgruppe 9 zu erhöhen. Damit erhöhe sich die Anzahl der Stellen für Beschäftigte von 267,85 auf 268,25 für das Jahr 2011. Insgesamt ergebe sich somit ein Mehrbedarf von 33,88 Stellen für Beamte und Beschäftigte.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der als Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0836/2010 beigefügte Stellenplan wird als Bestandteil des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2011 mit der Maßgabe der nachstehenden Veränderungen beschlossen:

Im Teil B: Beschäftigte

wird unter lfd. Nr. 39 „Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter“ der Entgeltgruppe 9 in Spalte 4 die Anzahl der Stellen von bisher 24,5 auf 24,9 erhöht.

**TOP 25 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das
Haushaltsjahr 2011
Vorlage: XVI-0811/2010**

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlagen Nr. XVI-0811/2010 und XVI-0811/2010-1 und verweist auf ergänzende Schreiben vom 29.11.2010 und vom 09.12.2010, welche Veränderungen zum Haushaltsplan enthielten.

Landrat Röhmann erklärt, dass ein Gespräch mit dem Geschäftsführer des AWO-Kreisverbandes Wolfenbüttel Hagedorn ergeben habe, dass die AWO um die Veranschlagung eines Zuschusses zum Betrieb des Frauenschutzhauses in Höhe von 25.000 Euro bitte. Dieser Zuschuss werde aufgrund der Finanzierungsstruktur des Frauenschutzhauses voraussichtlich nicht kassenwirksam werden. Jedoch solle er zur Absicherung des Betriebs bei etwaigen finanziellen Engpässe, welche jedoch unwahrscheinlich seien, bereitgestellt werden.

KAbg. Brücher führt hinsichtlich des der Vorlage Nr. XVI-0811/2010-1 beigefügten Antrages der Bündnis90/Die Grünen – Fraktion aus, dass eine Planungswerkstatt in der Carl-Gotthard-Langhans-Schule ergeben habe, dass die Schaffung weiterer Bioenergiedörfer, entsprechend des Beispiels Beuchte, realistisch und sinnvoll sei. Bioenergiedörfer zeichneten sich insbesondere dadurch aus, dass die komplette Wärmeversorgung des Ortes von ortsansässigen genossenschaftlich organisierten Betrieben mit Anlagen, wie z.B. Biogasanlagen oder Blockheizkraftwerken, gewährleistet werde. Um einen entsprechenden Prozess zu initiieren sollten im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr Aufwendungen in Höhe von 50.000 Euro eingeplant werden. Diese sollten insbesondere für die Ausschreibung eines entsprechenden Projektes genutzt werden, auf welches sich interessierte Gemeinden bewerben könnten. Die notwendigen Realisierungsbeschlüsse müssten alsdann im Jahr 2011 durch den Kreistag gefasst werden.

KAbg. Bosse erklärt, dass der Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion vollkommen unterstützenswert sei. Jedoch rege er an, selbigen im Rahmen der Ergebnisse aus der Erstellung des landkreisbezogenen Klimaschutzkonzeptes zu beraten. Schließlich ergäben sich daraus die relevanten und grundlegenden Daten und Fakten. Der Ort Beuchte sei bezüglich der Bioenergieeigenversorgung Vorreiter. Gegebenenfalls könnten sich jedoch auch Gemeinden wie Hedeper oder die Stadt Schöppenstedt entsprechend entwickeln. KAbg. Bosse bringt nachstehenden Ergänzungsantrag ein:

„Die Machbarkeitsstudie soll auf der Grundlage der Ergebnisse des Klimaschutzkonzeptes erstellt werden. Die Umsetzung soll direkt nach Fertigstellung erfolgen.“

KAbg. Oesterhelweg beurteilt die Haushaltslage des Landkreises Wolfenbüttel als angespannt. Gleichwohl habe der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 solide aufgestellt werden können. Dafür danke er den zuständigen Mitarbeitern der Landkreisverwaltung. Die Tatsache, dass nur ein Änderungsantrag gestellt worden sei, zeige, dass der Kreistag sich gemeinsam der Haushaltskonsolidierung verpflichtet fühle. Gleichsam strahle der Haushaltsplanentwurf Verlässlichkeit für Vereine und Verbände, die Zuschüsse empfangen, aus, da jene trotz schwieriger Haushaltslage nicht reduziert worden seien. Zum Zwecke der Haushaltssicherung müsse künftig die interkommunale Zusammenarbeit in Abstimmung mit den betroffenen Bürgern und Mitarbeitern ausgebaut werden. Auch eine Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung sei notwendig. Die diesbezüglichen Aktivitäten müssten zwischen allen Beteiligten besser abgestimmt werden. Auch die Einbindung weiterer Akteure, z.B. die Hochschule Ostfalia, bringe Vorteile. Zur gedeihlichen Entwicklung des ländlichen Raumes müsse die Breitbandversorgung verbessert werden. Des weiteren sollten weitere Ertragsquellen für den Landkreis Wolfenbüttel geprüft werden. Eine solche

könnte gegebenenfalls mittels des Betriebes von Photovoltaikanlagen auf Dächern landkreiseigener Gebäude erschlossen werden. Der Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen - Fraktion sei positiv zu bewerten. Insbesondere der Landkreis Wolfenbüttel, welcher durch die Schachanlage Asse II in besonderer Art von der Debatte um Energieversorgung betroffen sei, sollte mit guten Beispielen alternativer Energieversorgungsformen vorangehen. Der Sprecher führt aus, dass es wichtig sei, dass der Landkreis Wolfenbüttel herausragende Einrichtungen oder Projekte seiner kreisangehörigen Kommunen finanziell unterstütze. Dazu gehörten unter anderem das Till-Eulenspiegel-Museum in Schöppenstedt und der Bahnhof Börßum. Auch für etwaige Nachfinanzierungen zur Realisierung der RegioStadtBahn sollte der Kreistag sich kooperativ zeigen. Dies setze voraus, dass aufgrund einer verantwortungsvollen Haushaltsführung auch entsprechende Mittel zur Verfügung stehen. Das Thema Schulpolitik solle mit allen Facetten und Beteiligten, vor allem auch der Stadt Wolfenbüttel, gemeinsam und einvernehmlich besprochen werden. Bezüglich des Themas Asse II empfehle sich, gemeinsam daran zu wirken, dass der Landkreis Wolfenbüttel keinen nachhaltigen Imageschaden erleide. Um erhebliche Nachteile zu vermeiden, müssten die Interessen des Landkreises Wolfenbüttel mit einem Höchstmaß an fraktionsübergreifender Einigkeit gegenüber dem Land und dem Bund vertreten werden. Ein Beispiel hierfür sei die Einrichtung eines Ausgleichsfonds für die aus der Schachanlage Asse II entstandenen Nachteile für den Landkreis Wolfenbüttel.

KAbg. Hensel dankt den zuständigen Mitarbeitern der Landkreisverwaltung für die Aufstellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2011. Das prognostizierte Defizit sei bedenklich. Gleichwohl solle auf die Reduzierung von Qualitätsstandards einer serviceorientierten Landkreisverwaltung, wie es auch im Oberziel 5 verankert sei, verzichtet werden. Die Tatsache, dass nur ein Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf gestellt worden sei, erachte er als positiv. Es sei wichtig, den Landkreis Wolfenbüttel zukunftssicher und angesichts der Diskussionen über eine etwaige Gebietsreform konkurrenzfähig zu halten. Hierzu könnten der Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit und die damit erzielbaren Synergieeffekte einen Beitrag leisten. Die Erreichung des Oberzieles 1 des Landkreises Wolfenbüttel, welches die Abschwächung des prognostizierten Bevölkerungsrückganges zum Inhalt habe, könne durch die geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Breitbandversorgung unterstützt werden. Diese stellten ebenso wie die Sanierung und erneute Inbetriebnahme des Lessingtheaters einen wichtigen Standortfaktor dar. Das der Haushaltskonsolidierung dienende Oberziel 2 sei insbesondere aufgrund der unter Führung des Landrates Röhmann strukturell ausgeglichenen Haushalte der Jahre 2007 und 2008 sowie des im Jahr 2009 erwirtschafteten strukturellen Überschusses erreichbar. Das die Verbesserung der CO₂-Bilanz des Landkreises Wolfenbüttel bezweckende Oberziel 3 werde durch den vorliegenden Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion und den dazu vorliegenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion gestützt. Ferner möge sich der Landkreis Wolfenbüttel im Jahr 2011 mit Zukunftsthemen wie der Elektromobilität auseinandersetzen. Insbesondere die Ausstattung der Carl-Gotthard-Langhans-Schule könne hierzu einen Beitrag leisten, indem sie die Auszubildenden im Kfz-Handwerk für Tätigkeiten an Elektrofahrzeugen qualifiziere. Die kreisangehörigen Kommunen sollten zudem gesonderte Parkflächen für Elektrofahrzeuge ausweisen. Der Landkreis Wolfenbüttel solle darüber hinaus seinen Fuhrpark auf Elektrofahrzeuge umrüsten. Die Herausarbeitung von Alleinstellungsmerkmalen des Landkreises Wolfenbüttel erfolge zur Erreichung des Oberzieles 4. Das Oberziel 6, welches auf eine Verbesserung des Bildungsangebotes im Landkreis Wolfenbüttel abziele, werde mit Maßnahmen wie der Errichtung der Integrierten Gesamtschule, Sanierungen von Schulzentren und dem Übergangsmanagement Schule-Beruf erreicht werden können. Resümierend sei festzustellen, dass der Landkreis Wolfenbüttel und dessen Kreistag trotz angespannter Haushaltslage bewusst und gestalterisch handele.

KAbg. Försterling dankt den zuständigen Mitarbeitern der Landkreisverwaltung für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes. Den Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion erachte er als überaus sinnvoll. Die Tatsache, dass nur ein Antrag zu den Haushaltsberatungen vorliege, welcher auf einen relativ geringen Betrag von 50.000 Euro abstelle, zeige, dass die Haushaltslage kaum mehr gestalterische Spielräume belasse. Der Kreistag sei dadurch nahezu nur noch ein Kontrollgremium für eine ausgezeichnet wirkende Landkreisverwaltung.

KAbg. M. Koch bemängelt, dass die Kalkulationsgrundlage des dem Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion innewohnenden zu veranschlagenden Betrages für Aufwendungen in Höhe von 50.000 Euro unklar sei. Daher stimme die CDU-Fraktion dem Antrag zwar grundsätzlich zu, rege jedoch an, noch keinen Haushaltsansatz zu beschließen. Dies könne im Rahmen der Aufstellung eines Nachtragshaushaltsplanes später noch erfolgen.

KAbg. Kretschmer führt aus, dass zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit des Landkreises Wolfenbüttel insbesondere die Handlungsfelder Schule und Kultur bestellt werden müssten. Er kritisiert, dass eine angekündigte Überprüfung der freiwilligen Leistungen nicht im ausreichenden Maße erfolgt sei. Hierbei müsse insbesondere fokussiert werden, ob alle Antragsteller von freiwilligen Leistungen tatsächlich auf ebendiese angewiesen seien. Konkret bittet der Sprecher um Auskunft, welchen Zwecken eine Zuweisung an die Gemeinde Werlaburgdorf in Höhe von 25.000 Euro sowie eine Zuweisung an ein Subprojekt „Freie Träger“ in Höhe von 60.000 Euro diene. Es sei auffällig, dass die Gemeinde Werlaburgdorf die einzige kreisangehörige Kommune sei, die im Jahr 2011 von einem direkten Zuschuss profitiere.

Vorsitzender Schäfer antwortet, dass es sich bei dem Subprojekt „Freie Träger“ um eine Maßnahme der Diakonie zur Migrationsförderung handele.

KAbg. Brücher berichtet, dass die im Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion genannte Summe von 50.000 Euro zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie auf Erfahrungswerten des Landkreises Göttingen beruhe, der ein vergleichbares Projekt durchgeführt habe.

KAbg. Oesterhelweg erklärt, dass die Zuweisung an die Gemeinde Werlaburgdorf dortigen im Landkreis Wolfenbüttel einmaligen Projekten von erheblicher historischer Bedeutung diene und damit vergleichbar sei mit Zuwendungen an andere kreisangehörigen Kommunen, z.B. zur Sanierung des Lessingtheaters oder des Bahnhofes Börßum.

Landrat Röhmann regt an, dass der im Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion begehrte Haushaltsansatz mit einem vom Kreistag aufzuhebenden Sperrvermerk versehen werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2011 sowie die mittelfristige Finanzplanung für den Planungszeitraum 2012 bis 2014 werden auf der Grundlage des mit der Vorlage Nr. XVI-0811/2010 vorgelegten Entwurfes mit den mit Schreiben vom 29.11.2010 und vom 09.12.2010 mitgeteilten sowie den unter Ziffern 2 und 3 genannten Änderungen beschlossen.
2. Der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Wolfenbüttel, wird für den Betrieb des Frauenschutzhauses in Wolfenbüttel zum Ausgleich finanzieller Wagnisse im Jahr 2011 eine institutionelle Förderung von maximal 25.000 Euro bedarfsorientiert gewährt.
3. Für das Vorhaben „Mehr Bioenergiedörfer im Landkreis Wolfenbüttel“ werden Auszahlungen und Aufwendungen in Höhe von 50.000 Euro veranschlagt und mit einem vom Kreistag aufzuhebenden Sperrvermerk versehen. Eine Machbarkeitsstudie soll auf der Grundlage der Ergebnisse des Klimaschutzkonzeptes erstellt werden. Die Umsetzung soll direkt nach Fertigstellung erfolgen.
4. Das Haushaltssicherungskonzept wird für das Haushaltsjahr 2011 wie es sich aus der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-0838/2010 ergibt fortgeschrieben.
5. Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr wird unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderungen auf der Grundlage des mit der Vorlage Nr. XVI-0811/2010 vorgelegten Entwurfes beschlossen.

TOP 26 Haushaltssatzung 2011; hier: Haushaltssicherungskonzept 2011
Vorlage: XVI-0838/2010

KAbg. M. Koch erläutert die Vorlage Nr. XVI-0838/2011.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Dem Haushaltssicherungskonzept 2011, wie es sich aus der Anlage zur Vorlage XVI-0838/2010 ergibt, wird zugestimmt.

TOP 27 Wahl einer Ersten Kreisrätin/eines Ersten Kreisrates
Vorlage: XVI-0854/2010

Landrat Röhmann erläutert die Vorlage Nr. XVI-0854/2010 und berichtet, dass die Stelle des Ersten Kreisrates des Landkreises Wolfenbüttel seit dem Fortgang der damaligen Ersten Kreisrätin Thiel im April 2007 vakant sei. Allgemeine Vertreterin Schäffer habe seit dem erhebliches geleistet, um diese Vakanz zu kompensieren. Im Jahre 2008 habe eine Ausschreibung der Stelle keinen Kandidaten mit einer realistischen Chance, gewählt zu werden, ergeben. Durch die Direktwahl des Hauptverwaltungsbeamten habe sich die Verwaltungsspitze politisiert. Daher solle ein parteipolitisches Gleichgewicht an ebendieser gewährleistet werden, welches im Landkreis Wolfenbüttel in bewährter Form dadurch sichergestellt werde, dass der Erste Kreisrat dem anderen großen politischen Lager als der Landrat angehöre. Das Vorschlagsrecht eines Ersten Kreisrates obliege ausschließlich dem Landrat. Eine erneute Ausschreibung im Jahre 2010 habe einige interessante Bewerber ergeben. Der Sprecher merkt an, dass aus dem Kreise dieser Bewerber Herr Martin Hortig besonders geeignet sei. Daher schlage er Herrn Martin Hortig, dem er vertraue, zur Wahl zum Ersten Kreisrat vor und bitte um eine breite Zustimmung.

KAbg. Brücher zitiert § 62 Abs. 2 der Niedersächsischen Landkreisordnung und bittet um wörtliche Wiedergabe seiner Ausführungen, welche wie folgt lauten:

„Der heute vorgesehene Wahlgang genügt nicht den Anforderungen des § 62 Abs. 2 NLO, und zwar aus zwei Gründen: Weil durch den Wahlgang vom 14.06.2010, in dem der Vorschlag des Landrates nicht die nötige Mehrheit erhielt, eine also dem Vorschlag entgegenstehende Entscheidung getroffen wurde und es daher einer erneuten Ausschreibung bedarf. Und unabhängig davon: Weil der Landrat in diesem Stadium, in dem wir uns heute befinden, nicht vorschlagsberechtigt ist.“

KAbg. M. Koch entgegnet, dass eine Ausschreibung stattgefunden habe. Aus dieser sei Herr Martin Hortig als vom Landrat vorgeschlagener Bewerber hervorgegangen. Da der Kreistag keinen eigenen Wahlvorschlag unterbreite, sei das Vorschlagsrecht des Landrates, von dem er nunmehr Gebrauch mache, auch nicht verwirkt.

KAbg. Kretschmer merkt an, dass er nichts gegen die Person, die Qualifikation oder die Parteizugehörigkeit des Herrn Martin Hortig einzuwenden habe. Jedoch mute das erneute Vorschlagen des Bewerbers Hortig als merkwürdig an. Es ehre Herrn Hortig, dass er sich erneut zur Wahl stelle, obwohl er beim vorangegangenen Versuch am 14.06.2010 Schaden davongetragen habe. Auch das Amt des Ersten Kreisrates erleide Schaden, da der Eindruck entstehe, dass der Kreistag solange wähle, bis der gewünschte Kandidat eine Mehrheit erhalten habe. Der Tagesordnungspunkt solle daher abgesetzt werden. Der Sprecher erklärt, dass er sich an der Wahl des Ersten Kreisrates nicht beteiligen werde.

KAbg. Oesterhelweg stellt den Antrag, geheim zu wählen.

KAbg. Sandte gibt eine persönliche Erklärung ab. Er führt aus, dass die vorangegangene Debatte nicht geführt werden müsste, wenn der Kreistag am 14.06.2010 den Bewerber Hortig zum Ersten Kreisrat gewählt hätte. Die SPD-Fraktion habe seinerzeit für den Bewerber Hortig gestimmt, da sie ihn als für das Amt qualifiziert erachte. Der Sprecher erklärt, dass er mit dem derzeitigen Verfahren nicht einverstanden sei. Mit einem Kandidaten für das Amt des Ersten Kreisrates dürfe nicht derart umgegangen werden. Auch teile er die juristischen und praktischen Bedenken, die der KAbg. Brücher und der KAbg. Kretschmer geäußert hätten. Zu behaupten, es handle sich lediglich um einen zweiten Wahlgang sei falsch, da ein solcher bei der Wahl eines Ersten Kreisrates nicht vorgesehen sei. KAbg. Sandte kündigt an, dass er und einige andere Mitglieder der SPD-Fraktion sich an der Wahl nicht beteiligen würden.

Vorsitzender Schäfer benennt KAbg. Großer und KAbg. Kaatz zu Stimmzählern, weist darauf hin, dass zur Wahl des Ersten Kreisrates die Mehrheit der Stimmen der Kreistagsmitglieder, mithin 26 Ja-Stimmen, erforderlich seien und eröffnet den Wahlgang.

Vorsitzender Schäfer schließt den Wahlgang und verkündet folgendes

Wahlergebnis:

Herr Martin Hortig, Weygerweg 23, 12249 Berlin ist für eine Amtszeit von 8 Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit zum Ersten Kreisrat des Landkreises Wolfenbüttel mit 35 Ja-, sechs Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung gewählt.

Herr Martin Hortig erklärt, dass er die Wahl annehme und bedankt sich für das ausgesprochene Vertrauen. Er könne die Gründe, welche zu der vorstehenden Debatte geführt hätten, nachvollziehen. Die Sachlichkeit der Diskussion und der demokratische Umgang seien loblich. Er freue sich auf die Zusammenarbeit mit dem Kreistag und wünsche den Anwesenden ein frohes Weihnachtsfest.

TOP 28 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Vorsitzender Schäfer stellt fest, dass keine Unterrichtungspunkte vorliegen.

Vorsitzender Schäfer schließt die Sitzung um 21.30 Uhr.

Vorsitzender Uwe Schäfer

Landrat Jörg Röhmann

Protokollführer Marco Kelb

Anlagen:

1. zu TOP 4.1 überreichte Resolution
2. Anfrage des KAbg. Brücher und Antwort zu Hähnchenmastanlagen
3. Sitzungsplan 2011